

Medienspiegel Woche 48 / 2017



Inhalt

IT-Offensive / Digitalisierung / Programmieren / Globalisierung / Privatisierung / Ökonomisierung / GATS

Schweiz am Wochenende, 26.11.2017

[Programmieren an Primarschulen? Bringt nichts – sagt ausgerechnet ein IT-Pionier](#) **1**

Schule Schweiz, 28. November 2017

[ICT-Promotoren schüren Torschlusspanik](#) **2**

Zeit-Fragen, 21. November 2017

[Schule im Sinkflug? – Es ist genug!](#) **3**

junge Welt, 04.11.2017

[Weltweit größtes Experiment am lebenden Objekt](#) **4**

Talentförderung / Andreotti Mario / Neoliberalismus / Burchardt Matthias / Change Management / OECD

Tagblatt, 28. November 2017

[Talentförderung: Firmen drängen in Schule](#) **5**

Schule Schweiz, 26. November 2017

[Neue Schule: Paradigmawechsel oder Verschwörungstheorie?](#) **6**

NZZ am Sonntag, 26.11.2017

[Schöne neue Bildungswelt](#) **7**

NZZ, 30.11.2017

[Die Macht des Mittelmasses](#) **9**

Schule Schweiz, 1. Dezember 2017

[Fremdgesteuerter Lehrplan 21](#) **10**

Baselland / Starke Schule Basel / Lehrplan / Bern / Abstimmung / Starke Schule Bern

Basler Zeitung, 02.12.2017

[Ein Lehrplan mit Themen und Inhalten](#) **11**

Starke Volksschule Bern, November 2017

[Neues vom Initiativkomitee](#) **13**

Lehrerpersönlichkeit / Bossard Carl / Freiheit / Verantwortung

NZZ am Sonntag, 26.11.2017

[Unsere Lehrerinnen und Lehrer brauchen mehr Freiheit](#) **15**

Der Schulblog: Immer aktuell.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/>

Schweiz am Wochenende, 26.11.2017 **Informatikunterricht**

Programmieren an Primarschulen? Bringt nichts – sagt ausgerechnet ein IT-Pionier

von Lorenz Honegger



Amerikanische Kindergärtler und Primarschüler lernen das Programmieren. Im Bild: eine Schule im US-Bundesstaat Washington.

Elaine Thompson/AP/Keystone

Internetunternehmer und Politiker äussern Zweifel an der Informatikoffensive in Schweizer Klassenzimmern.

Jedes Kind soll programmieren lernen. Eine Forderung, die gut zu Marcel Dobler passen könnte. Er war 20 Jahre alt und Informatikstudent, als er 2001 zusammen mit zwei Kollegen den Online-Shop Digitec gründete, der heute jährlich mehrere hundert Millionen Franken Umsatz erzielt. Mittlerweile haben Dobler und seine Geschäftspartner die Mehrheit ihrer Aktien an die Migros verkauft. Finanziell sorgenfrei, ist Dobler 2015 als FDP-Nationalrat in die Politik eingestiegen.

Dennoch hält der 37-Jährige wenig von der Idee, dass alle Schülerinnen und Schüler zu Programmierern werden sollen: «Dass Kinder in der Primarschule Quellcode schreiben, finde ich absurd.» Neuerdings könne man sich mit dieser Forderung «undifferenziert schmücken, weil der Begriff so trendig ist und einen gleich viel kompetenter aussehen lässt».

Um das Wort Digitalisierung sei ein Hype entstanden, sagt der Parlamentarier, seit diesem Frühling Präsident des Dachverbandes der Informations- und Kommunikationsbranche. Er spielt mit dieser Beobachtung auch auf den Digitaltag an, an dem diese Woche CEOs, Bundesräte und Wissenschaftler mit viel Marketingaufwand für die «digitale Revolution» geworben haben.

«Müssen Coiffeure programmieren?»

Dobler bezeichnet das Programmieren als «extreme Spezialisierung». Nicht jedermann müsse diese beherrschen. «Müssen Coiffeure wirklich Quellcode schreiben? Nein.» Wer zum Beispiel eine Homepage erstellen wolle, müsse lediglich ein einfaches Tool bedienen. Statt dass die Lehrer den Kindern programmieren beibringen, sollten diese ihren Schülern die technologische Entwicklung auf spielerische Weise vermitteln. «Es geht um Fragen wie: Was macht ein Computer? Wie wähle ich ein Passwort? Wie gehe ich mit meinen Daten um?»

Mit seiner Position grenzt sich Dobler von einer Reihe prominenter Persönlichkeiten ab, die alle das Gleiche fordern: Schülerinnen und Schüler sollen möglichst früh den Umgang mit Algorithmen, Operatoren und Variablen erlernen. Zum Beispiel Apple-Chef Tim Cook, Ex-Notenbanker Philipp Hildebrand oder der ehemalige ETH-Lausanne-Präsident Patrick Aebischer, der vergangene Woche in einem Beitrag für die «NZZ am Sonntag» das Programmieren wieder einmal zur fünften Landessprache ausrief.

Im Bundeshaus gibt es neben Dobler einen weiteren Internetunternehmer, der die Programmieroffensive im Bildungsbereich kritisch sieht: Franz Grüter, SVP-Nationalrat und Verwaltungsratspräsident des Internetproviders green.ch. Er moniert, die Volksschule müsse keine vorberufliche

Ausbildung machen, sondern Grundwissen für die Berufswahl vermitteln. «Ich glaube nicht, dass wir etwas bewirken, wenn wir in der Primarschule Programmierkurse geben.» Sollte in der Bauwirtschaft ein Mangel an Arbeitskräften herrschen, müssten Schüler auch nicht lernen, wie man Mauern baue.

Grüter plädiert dafür, zusätzliche Ressourcen nicht einseitig in die Informatik, sondern auch in die drei anderen MINT- Disziplinen Mathematik, Naturwissenschaft und Technik zu kanalisieren.

Die Weichen sind gestellt

Die Bildungspolitik jedoch setzt aufs Programmieren. Die Erziehungsdirektorenkonferenz hat vor wenigen Wochen beschlossen, Informatik in den Gymnasien künftig als obligatorisches Fach einzuführen. Auf der Stufe Volksschule arbeiten die Kantone im Rahmen des Lehrplans 21 an der Einführung des Fachs «Medien und Informatik», ungefähr 50 Prozent sind für die Informatik reserviert. Eine Kompromisslösung, die nicht allen passt: ETH-Professor Juraj Hromkovic etwa plädiert für ein Einzelfach Informatik.

Gemäss dem neuen Lehrplan sollen die Programmierlektionen in der Primarschule beginnen und sich bis in die Oberstufe ziehen. Die Anpassung der kantonalen Lehrpläne werde sicher bis 2021 dauern, sagt Lehrerverbands-Präsident Beat Zemp. «Das ist ein Generationenprojekt.» Die Umsetzung werde regional stark variieren. «Leider gibt es Kantone, die keine Ressourcen für dieses neue Fach zur Verfügung stellen wollen.»

Kritikern des Programmierunterrichts entgegnet er: «Unser Leben wird von Algorithmen bestimmt. Um sie zu verstehen, muss man einfache Programme schreiben können.» Man dürfe das Programmieren in der Schule nicht mit professionellem Programmieren gleichsetzen. «Meine Erfahrung ist, dass die Schüler das Fach sehr gerne haben.»

<https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/programmieren-an-primarschulen-bringt-nichts-sagt-ausgerechnet-ein-it-pionier-131939136>

Schule Schweiz, 28. November 2017

ICT-Promotoren schüren Torschlusspanik

Als pensionierter Informatiker aus dem Entwicklungs- und Anwendungsbereich teile ich die [Ausführungen der Herren Marcel Dobler und Franz Grüter](#) in diesem Artikel vollumfänglich.

Es ist äusserst bedenklich, dass in der heutigen Zeit (21. Jahrhundert!) aktuelles Informatikwissen immer noch – so wie ich das in den 60ern und 70ern des vorhergehenden Jahrhunderts erlebt habe – mit Programmierkenntnissen gleichgesetzt wird. In diesen früheren Zeiten nachvollziehbar, heutzutage eine absolute Absurdität!

Leserbrief, Südostschweiz, 28.11. von Hubert Allemann

Weniger erstaunlich ist, dass dieser fehlgeleitete IT-Hype (beispielsweise auch der kürzlich durchgeführte Digitaltag) ausgerechnet durch selbst ernannte «Experten» – vorwiegend aus der Politik, Wirtschaft und dem schulischen Bereich – gefördert wird, welche selber zugegebenermassen und offensichtlich von der ganzen Tragweite des IT-Bereiches kaum eine Vorstellung haben. Mir kommt das wie eine Torschlusspanik-Reaktion vor! Nur weil viele Persönlichkeiten (welche vielleicht selber ein IT-Verständnisproblem haben) plötzlich das Gefühl haben, man sei in der Schweiz ins Hintertreffen geraten, werden jetzt alle möglichen und unmöglichen (vor allem nicht sachgerechten und nicht zielführenden) Aktionen gestartet. Und dazu gehört ganz sicher die Forderung nach Erlernen von Programmierkenntnissen in der Primarschule. Frei nach

dem Motto: Wenn wir künftig genügend Leute mit Programmierkenntnissen haben, ist die Schweiz in Sachen IT top und gerettet. So ein Schwachsinn!

Die IT ist ein sehr facettenreiches Gebiet. Und da sind Programmierkenntnisse ein kleiner Teil davon, wie Herr Dobler richtig sagt – eine extreme Spezialisierung. Und wie Herr Dobler weiter richtig ausführt, wären andere Themenbereiche wie zum Beispiel Anwendungstechniken, Netzwerkkenntnisse, Tuningmöglichkeiten, Verhalten im Internet, persönlicher Schutz und Sicherheit, Administratoren-Aufgaben etc. viel wichtiger, zielführender, praxis- und zeitgerechter. Das wäre eine Vermittlung von praktischem Grundwissen, wie dies im gleichen Artikel Herr Franz Grüter folgerichtig fordert und nicht vorberufliche Ausbildung in Sachen Programmierung (für eine Minderheit von Schülern, welche dies vielleicht einmal brauchen wird – wenn überhaupt).

Da der Lehrplan 21 sowieso eine Fehlentwicklung von Theoretikern ist, passt es aber total dazu, dass Programmierung in den Stundenplan der Primarschule aufgenommen werden soll. Frei nach dem Motto - Nichtwissen schützt vor Torheit nicht!

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/11/ict-promotoren-schuren-torschlusspanik.html>

Mehr dazu:

Zeit-Fragen, 21. November 2017

Schule im Sinkflug? – Es ist genug!

von Felice Pensatore

Vor kurzem flatterte mir ein Artikel aus einer Elternzeitschrift auf den Schreibtisch. Die «Schule von morgen» war der Titel. Ausgehend vom Lehrplan 21 mit dem geplanten Unterricht zu den Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) und Medien, entwirft der Schreiber den künftigen Schulalltag unserer Kinder. Ausgerüstet mit Tablet und begleitet durch Lerncoaches sollten sie sich mit digitalem Lernwegmanagement und digitalen Lernaufgaben in alters- und leistungsdurchmischten Gruppen ihre Kompetenzen erarbeiten, um die gewünschten standardisierten Tests zu bestehen, welche künftig anstelle der Lehrpersonen die promotionswirksame Beurteilung und Selektion übernehmen würden...

[Weiterlesen](#)

PR-Strategien statt klarer Fakten

Öffentliche Dienstleistungen auf dem Ladentisch

Fehlende Transparenz

Milton Friedman und die Politik der leeren Kassen

Wenn einer eine Reise tut

Stopp – es ist genug!

<https://www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2017/nr-2930-21-november-2017/schule-im-sinkflug-es-ist-genug.html>

junge Welt, 04.11.2017

Weltweit größtes Experiment am lebenden Objekt

Gespräch mit Ralf Lankau. Über die falsche Heilslehre vom Digitalen, automatisierte Lernfabriken ohne Pädagogen und die »Verzweckung« unserer Kinder

Interview: Ralf Wurzbacher



Lehrer werden durch Computer ersetzt, aus Schulen werden Fabrikhallen, die Wirtschaft nennt es »Individualisierung« (Grundschüler in Schüttorf, 3. Juni 2016) Foto: Friso Gentsch/dpa

Ralf Lankau ist Professor für Mediengestaltung und Medientheorie an der Hochschule Offenburg. Er leitet dort das Labor »Grafik.Werkstatt« an der Fakultät Medien und Informationswesen, forscht zu experimenteller Medienproduktion in Kunst, Lehre und Wissenschaft und publiziert zu Design, Kommunikationswissenschaft und (Medien-) Pädagogik. Lankau betreibt das Projekt »Futur iii – Digitaltechnik zwischen Freiheitsversprechen und Totalüberwachung« (futur-iii.de) und ist Mitinitiator des »Bündnisses für humane Bildung – aufwach(s)en mit digitalen Medien« (www.aufwach-s-en.de). Von Lankau erschien Anfang Oktober im Beltz-Verlag: »**Kein Mensch lernt digital: Über den sinnvollen Einsatz neuer Medien im Unterricht**«

In unserem Gespräch wird es auch darum gehen, wie doof oder klug Smartphones, Tablets und Computer sind bzw. wie dumm oder schlau sie uns Menschen machen. Fangen wir mit dem FDP-Vorsitzenden Christian Lindner an, der sich im Bundestagswahlkampf mit dem Spruch »Digital first. Bedenken second.« auf Plakaten verewigen ließ. Sollte man sich um diesen Herrn Sorgen machen?

Würde er sein Plädoyer ernst meinen, müsste man sich in der Tat um seine geistige Gesundheit sorgen und ihn als nicht zurechnungsfähig aus dem Verkehr ziehen. Wer die notwendige Reflexion über die Folgen von Digitaltechnik, also die klassische Technikfolgenabschätzung, ausblenden will, kann weder politisch noch als Person ernstgenommen werden. Andererseits passt das ins Bild. Deutschland ist im Digitalfieber: Digitalagenda, Digitalgipfel, Digitalpakete. Die Art, wie diese Technik propagiert und abgefeiert wird, hat etwas von Heilslehre und einem Fetisch. Und auf dieser populistischen Pro-Digital-Welle, die von der IT-Wirtschaft und ihren Lobbyisten losgetreten wurde, reitet eben auch Lindner.

Also Berechnung, keine Dummheit?

Lindner ist nicht dumm. Es geht ihm um Aufmerksamkeit und darum, sich als »Politmarke« aufzubauen. Das Ego und die Karriere einzelner stehen im Mittelpunkt, nicht politische Fragen und sozialverträgliche Lösungen. Und das heißt dann eben auch: Für das Erreichen der eigenen Ziele darf man gerne das politische System beschädigen, koste es, was es wolle.

Die Digitalisierung soll den Steuerzahler ja einiges kosten. Der »Digitalpakt#D«, mit dem Bund und Länder Deutschlands Schulen flächendeckend mit modernster IT- und Breitbandtechnik ausstatten wollen, soll fünf Milliarden Euro verschlingen. Es wäre zu hoffen, dass bei solchen Summen eine eingehende Kosten-Nutzen-Analyse erfolgt.

[Weiterlesen](#)

<https://www.jungewelt.de/artikel/321189.weltweit-gr%C3%B6%C3%9Ftes-experiment-am-lebenden-objekt.html?sstr=lankau>

Talentförderung: Firmen drängen in Schule

Mario Andreotti

Schlummert in Hanna das Talent zur erfolgreichen Managerin? Und hat Reto das Zeug zum begabten Informatiker? Noch vor wenigen Jahrzehnten stand in der Schulpädagogik die gezielte Förderung leistungsschwacher Schülerinnen und Schüler, etwa mit Hilfe spezieller Förderprogramme, zuoberst auf der Agenda. Inzwischen hat sich das Blatt längst gewendet. Seit einigen Jahren steht nicht mehr die Förderung schwachbegabter Schüler im Zentrum schulischer Pädagogik, sondern ganz im Gegenteil die Talentförderung. Dass Lehrerinnen und Lehrer die Talente von Schülern zu erkennen und zu fördern suchen, ist nicht mehr als recht, ja gehört zu den berechtigten Erwartungen, die unsere Gesellschaft an sie hat.

Doch längst sind es nicht mehr die Lehrer, denen das Erkennen und die Förderung der Talente von Schülern anvertraut werden soll, sondern speziell dafür ausgebildeten Fachleuten, sogenannten Talentscouts. Die Lehrer vermitteln den Unterrichtsstoff, der Scout schaut sich die Schüler auf mögliche, oftmals verborgene Talente an. So die Meinung einiger Bildungspolitiker. Es gelte herauszufinden, ob ein Kind besondere Begabungen aufweise, denn die Gesellschaft könne es sich nicht mehr leisten, sich um die Entdeckung individueller Talente zu scheren. Bestens ausgebildete Arbeitskräfte seien zunehmend wichtiger als Kapital.

Das klingt alles schön und gut. Doch hier liegt das Problem. Zum einen sollten die Lehrkräfte selber kompetent genug sein, um mögliche Talente von Schülern zu entdecken und zu fördern. Dass sie dies noch gezielter als bisher tun könnten, verschweige ich nicht. Und zum andern stellt sich die Frage, wer die Talentscouts beschäftigt, in wessen Dienst sie stehen, wessen Brot sie essen. Und da bleibt die Antwort marktorientierter Bildungspolitiker nicht aus. Ihnen schweben Scouts aus der Praxis, das heisst konkret aus der Wirtschaft, vor. Niemand wisse es besser, welche Talente gefragt seien als direkte Vertreter aus Unternehmen. Das könnten Google, die UBS oder Roche sein. So Felix Müri, Präsident der Bildungskommission. Damit ist eines klar: Talentförderung in den Schulen soll vor allem der Wirtschaft, der Behauptung der Schweiz als Topwirtschaftsstandort dienen. Sie wird so indirekt zur Wirtschaftsförderung.

Dagegen wäre im Grunde nichts einzuwenden, ginge es dabei nicht um eine einseitige Talentförderung. Wo bleibt da die Förderung der geisteswissenschaftlichen oder der musischen Fähigkeiten von Schülern, wenn Firmenvertreter als Talentscouts in die Schulen drängen? Zu glauben, sie würden auch Talente im geisteswissenschaftlichen und im musischen Bereich, etwa in Geschichte oder in bildender Kunst, aufspüren, grenzt ans Absurde. Dabei hat die Schule den klaren Auftrag, ihre Schüler ganzheitlich zu fördern. Dazu bedarf es auch der humanistischen Bildung gerade heute, wo der Bildungsmarkt weltweit primär nach erwerbswirtschaftlichen Prinzipien funktioniert.

Seit einigen Jahren zeichnet sich ein deutlicher Trend zu marktorientierten Bildungsreformen – der Lehrplan 21 mit dem neuen Fach «Informatik und Medien» zählt dazu – ab. Dieser Trend wird durch das Talentscouting zweifellos noch verschärft. Firmen eruierten, im Hinblick auf den eigenen Bedarf an Arbeitskräften, die Talente und Fähigkeiten der Schüler, versorgen die Schulen mit günstigem Online-Lernmaterial und steuern so deren Bildungsangebot wesentlich mit. Die öffentliche Bildung droht damit, im Zuge des Neoliberalismus, von privaten Interessen vereinnahmt zu werden, «ganz abgesehen von der Gefahr, dass die Demokratie in Bildungsfragen längerfristig ausgehebelt wird», wie Anja Burri in der «NZZ am Sonntag» zu Recht schreibt. Talentscouts brauchen unsere Schulen nicht. Talentförderung muss Sache der Lehrkräfte bleiben. Allerdings sollten sie der Gefahr entgehen, besonders begabte Schüler einseitig, nur auf bestimmte Talente fokussiert, auszubilden. Soll die Talentförderung wirklich gelingen, muss die Schule auch begabte Schüler ganzheitlich im Blick behalten.

<http://www.tagblatt.ch/nachrichten/kultur/talentfoerderung-firmen-draengen-in-schule;art253649,5153024>

Schule Schweiz, 26. November 2017

Neue Schule: Paradigmawechsel oder Verschwörungstheorie?

Matthias Burchardt (Universität Köln) zeigte in seinem St. Galler-Vortrag (22. November) auf, wie die neue Schule in Deutschland und in der Schweiz vorangetrieben wird. Dabei bedient man sich der [Methode des Change Management - wie sie auch im Kanton Thurgau angewandt wird](#).



Matthias Burchardt: "Aktuelle Bildungspolitik ignoriert die Grundprinzipien des Lernens" Bild: uk

Neue Lerntechnik oder Paradigmawechsel? Vortrag in der Reihe "Schule und Pädiatrie", veranstaltet von den Ostschweizer Kinderärzten, 22.11.

Versprechen der Neuen Lernkultur	
1.	Lernbegleiter sind besser als Lehrer
2.	Selbstgesteuertes Lernen ist besser als Unterricht
3.	Leistungsmischung ist besser als äußere Differenzierung (3-Gliedrigkeit)
4.	Neue Lernkultur hebt soziale Ungleichheit auf
5.	Neue Lernkultur bringt bessere Lernergebnisse

Die neue Lernkultur stützt sich auf Versprechen, welche trotz fehlender Empirie dafür mit viel PR unters Volk gebracht werden. Diese Versprechen stehen in offensichtlichem Widerspruch zur Bildungstradition der deutschsprachigen Länder.

Bild: uk

Ideologie: Ziele werden mit Mitteln verwechselt und dadurch verfehlt		
Feld	Ziel	(un)geeignete Mittel ?
Inklusion	Emanzipation von Menschen mit Behinderung	Regelbeschulung für alle?
Wirtschaft	Ökonomischer Erfolg, Wohlstand	Ökonomisierung von Bildung?
Sozialpolitik	Gerechte Gesellschaft	Aufhebung des gegliederten Schulsystems?
Mündigkeit	Lernen der Selbständigkeit	Selbstgesteuertes Lernen?
Industrie 4.0	Leben und Arbeiten in der digitalisierten Gesellschaft	Digitalisierung von Bildung?
Individualität	Bildung des Individuums	Individualisierung des Lernens?
Demokratie/Solidarität	Gesellschaftlicher Zusammenhalt	Gemeinschaftsschule, länger gemeinsam lernen?

Burchardt fürchtet, dass durch die neue Orientierung am Output die personale Funktion zwischen Lehrer und Schüler im Lehr- Lernprozess verloren geht. Durch die Einflussnahme der OECD würden demokratische Prozesse als Hindernis empfunden. Konkret wies Burchardt auf die ideologische Komponente in der aktuellen Bildungspolitik hin. Zwar würden lohnenswerte Ziele definiert, die dafür bereitgestellten Methoden/Mittel seien aber ungeeignet.

Bild: uk

In der Frage, wie denn diese neuen Ideologien konkret durchgesetzt würden, verwies er auf die Arbeit von Tonia Bieber "Soft Governance, International Organizations and Education Policy Convergence".

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/11/neue-schule-paradigmawechsel-oder.html>

zu Tonia Bieber: [Die PISA Studie und der Bologna Prozess in der Schweiz](#)

NZZ am Sonntag, 26.11.2017

Schöne neue Bildungswelt

Werden Lehrer irgendwann überflüssig sein? Verliert die Berufslehre an Stellenwert? Wird Bildung privatisiert? Drei grosse Entwicklungen prägen die Zukunft der Bildung. Doch nicht alle sind begrüssenswert, schreibt Claudia Wirz



Wenn sich das computergestützte, selbstorganisierte Lernen durchsetzt, könnten die Lehrkräfte unter Druck kommen. Doch ist das schlecht? Schüler arbeiten mit dem Tablet.

Der gläserne Student, nennen wir ihn Huxley, hat sein Gehirn mit einer Maschine verlinkt. Diese speichert in riesigen Datenbanken das Wissen, das er für eine reibungslose Berufslaufbahn und als nützlicher Bürger braucht. Durch Gedankenübertragung kann er diesen Wissensschatz anzapfen. Ein computergestütztes Trainingsprogramm leitet ihn durch schwierige Gespräche und trifft für ihn die richtigen Entscheidungen. Der Computer behebt alle Defizite des Mängelwesens Mensch. Huxley ist die Vision von Heiko von der Gracht, Zukunftsforscher, Betriebswirtschaftler, Universitätsdozent und Manager beim Beratungsunternehmen KPMG.

Huxley muss nichts mehr verstehen, keine Vokabeln, keine Formeln, keine Literatur. Er soll sich auf das Anwenden von Wissen konzentrieren. Nur nützliches Wissen ist gefragt, Wissen, das die Wirtschaft und die Staaten brauchen. Alles andere ist Zeitverschwendung. Schule ist dem Gesetz der Effizienz unterworfen. Das ist man dem Steuerzahler schuldig.

Die Maschine verfolgt Huxleys Lernkarriere auf Schritt und Tritt – wie eine elektronische Fussfessel. Wenn er schwächelt, korrigiert sie ihn sanft und serviert ihm Aufgaben, die er lösen kann, um ihm Erfolgserlebnisse zu verschaffen. Die Maschine merkt, wenn er keine Lust mehr aufs Lernen hat, und reagiert mit mundgerechten Angeboten. «Adaptive Lernsysteme» nennt man das. Huxleys verifizierte Unzufriedenheit wird überdies seiner Schule oder der Personalabteilung gemeldet, damit diese Massnahmen ergreifen können.

Noch besser ist es, wenn es bei Huxley gar nicht erst zu einem solchen Effizienzverlust kommt. Deshalb kann die Maschine Verstimmungen anhand von personalisierten Datenanalysen voraussagen, bevor sie auftreten. Die Maschine und damit seine Schule und sein Arbeitgeber wissen mehr über Huxleys Gemütslage als er selbst.

1. Ökonomisierung der Bildung

Was klingt wie die Überwachungsphantasie eines monströsen Zukunftsstaates, ist zumindest zum Teil schon Realität, wenn man Heiko von der Gracht glaubt. Die American Public University, eine Pionierin des Online-Lernens, identifiziere mit solchen Programmen schon heute potenzielle Studienabbrecher und habe die Abbruchquote dadurch massiv senken können, schreibt er. Und was der Schule recht ist, ist dem Personalmanagement billig. «Unternehmen werden in Zukunft schon vor der Einstellung wissen, wer am besten zu ihnen passt», sagt van der Gracht. Die Vermessung der Hirne und die Auslese der Talente beginnen schon in der Primarschule.

Das Szenario zeigt, was passiert, wenn globalisierte Unternehmen und internationale Wirtschaftsorganisationen wie die OECD die Bildungspolitik übernehmen. Fast ohne Widerstand greifen sie schon heute in dieses Hoheitsgebiet der einzelnen Staaten ein. Diese Ökonomisierung der Bildung ist problematisch, weil sie aus Schulen Fabriken für standardisiertes Humankapital macht.

Das Ziel einer harten Ökonomisierung von Bildung ist nicht die mündige, gereifte Persönlichkeit, die für das Funktionieren der Demokratie wichtig ist, sondern der mit Kompetenzen ausgestattete, effiziente Anwender von Wissen. Ein solches System erzeugt Menschen, die äusserlich

reibungslos funktionieren, innerlich aber wenig Bezug zum Inhalt ihrer Arbeit haben. In einem solchen System ist Bildung nur Mittel zum Zweck; einen übergeordneten Selbstzweck hat sie nicht, weshalb «unnütze Bildung» wie Latein oder Geschichte entfällt.

2. Digitalisierung der Bildung

Vielleicht ist dieses Bild zu düster gemalt. Dass Schulen und Universitäten zur ökonomischen Verwertungskette gehören, ist weder neu noch schlecht. Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Hochschulen und die Gesellschaft als Ganzes haben ein legitimes Interesse daran, dass sich Bildung rentiert. Problematisch ist, wenn alle weitergehenden Ansprüche an die Bildung erlöschen. Damit würde Schule zur Vorstufe der Industrie, und die Allgemeinbildung als Kulturfundament wäre verloren. Bildung bedeutet mehr, als die Aneignung von Fähigkeiten. In den demokratischen Staaten ist es eine Frage des politischen Willens, ob sich der auf Kompetenzen reduzierte Bildungsbegriff durchsetzen wird.

Mit der Ökonomisierung eng verbunden ist die Digitalisierung der Bildung. Wenn das «adaptive Lernsystem» die Führung übernimmt und die Lerninhalte bestimmt und wenn sich das computergestützte, vorgeblich «selbstorganisierte Lernen» durchsetzt, dann kommt der Lehrer in Bedrängnis. Wird er verschwinden wie die nette Frauenstimme bei der Telefonauskunft oder die Ansagerin im Fernsehen?

Schule müsse ganz neu gedacht werden, prophezeite der Philosoph und Publizist Richard David Precht im Jahr 2013. Die Google-Brille werde kommen, auf jede Nase und schon bald, und jeden Lehrer überfordern, weil seine Schüler besser und schneller googeln als er selber und damit über mehr Wissen verfügten. Precht irrte sich. Die Google-Brille kam nicht, und die Lehrer gibt es immer noch. Bildung ist eben mehr als ein Sammelsurium von zufällig gegoogelten Wissensfetzen.

Digitale Technologien vom Lernen fernzuhalten, wäre genauso illusorisch wie töricht. Sie demokratisieren den Zugang zu Wissen, das Lernen wird örtlich und zeitlich flexibler, die Kritik- und Debattenkultur erhält völlig neue Kanäle. Menschliche Erfahrung und Interaktion wird aber nicht hinfällig, im Gegenteil. Sie erst erlaubt es, Verbindungen zwischen einzelnen Wissensinseln herzustellen und so das Wissen in einem Lernprozess zu verstehen und zu vermehren. Bildung ist auch im 21. Jahrhundert immer noch ein Beziehungsgeschehen zwischen Menschen.

3. Akademisierung der Bildung

Seit zwei, drei Jahren gibt es in Deutschland mehr Studenten als Lehrlinge. Der Abstieg der Berufslehre sei unaufhaltsam, befand die Bertelsmann-Stiftung schon vor zwei Jahren. Dass die Schüler gleichzeitig nachweislich schlechter rechnen und schreiben als früher, ist nur vordergründig ein Widerspruch.

In der Schweiz, wo das duale Bildungssystem als Erfolgsmodell gelobt wird, steigt die Maturaquote und damit die Zahl der Hochschulabsolventen mit jedem Jahrgang an. Berufsmatura und Passerelle haben den Weg zu einer akademischen Karriere auch für ehemalige Berufslehrlinge geebnet.

Die Akademisierung wird systematisch als höchstes Ziel einer Lernkarriere und als Zaubermittel für mehr Wohlstand propagiert. Bessere Löhne gebe es für Akademiker, international seien sie mobiler, und die Finanzierung durch die öffentliche Hand mache ein Studium auch fürs eigene Portemonnaie attraktiv. Allein, die hohe Quote arbeitsloser Universitätsabgänger in Südeuropa und selbst im Bildungswunderland Finnland spricht eine andere Sprache. Schon denkt man in Finnland darüber nach, die Situation mit dem bedingungslosen Grundeinkommen zu entschärfen – und das ausgerechnet im Land der Hochqualifizierten.

Die politisch angetriebene durchgängige Akademisierung der jungen Leute schafft strukturelle Probleme. Die Berufslehre gehört deshalb nicht zuletzt angesichts des Fachkräftemangels verteidigt und aufgewertet, und vor allem darf die Deutungshoheit darüber, was Bildung ist, nicht allein internationalen Organisationen und ihren verbeamteten Experten überlassen werden.

Der freie Zugang zu Bildung für alle ist eine der grössten Errungenschaften der liberalen Gesellschaftsordnung. Doch wenn man heute das Mantra vom Segen der Akademisierung mit einem absoluten Anspruch auf soziale Gerechtigkeit im Sinne einer Ergebnisgleichheit verknüpft, schafft das nicht gleiche Chancen, sondern eine Bildungsblase. Mehr akademische Abschlüsse bei sinkendem Niveau haben nichts mit sozialer Gerechtigkeit, sondern viel mit falscher Politik zu tun.

Die Bildungspolitik muss sich von falschen Dogmen und obrigkeitlichen Steuerungsphantasien befreien. Der freie, selbstdenkende und sich lebenslang bildende Mensch bringt immer noch die beste Rendite für die Gesellschaft.

Die Vermessung der Hirne und die Auslese der Talente beginnt in Zukunft schon in der Primarschule.

<https://epaper.nzz.ch/#article/8/NZZ%20am%20Sonntag/2017-11-26/82/226925169>

NZZ, 30.11.2017

Die Macht des Mittelmasses

Im politischen Diskurs um die Berufsbildung fällt eines auf: Es sind vor allem Akademiker, die zur Berufsbildung vermeintlich gute Ratschläge erteilen. Widerspruch ist angebracht, wenn man die Berufslehre retten will.

Claudia Wirz



Pisa messe vor allem die Fähigkeit, den Pisa-Test zu lösen, betonen die Kritiker. (Bild: Imago)

In der OECD liebt man den Standard, böse Zungen könnten auch sagen: das Mittelmass. Gut ist, was ins Schema passt. Alles andere muss reformiert werden. Harmonisierung und Standardisierung sind das Leitmotiv dieser permanent tagenden Konferenz, an der 35 Mitgliedstaaten mitmachen und 3200 Sekretariatsmitarbeiter mit einem Jahresbudget von 363 Mio. Fr. rund 250 Berichte und Publikationen verfassen und Ratschläge erteilen. Der Reformdruck, den die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung etwa auf die Bildungssysteme der Länder ausübt, ist massiv.

Den OECD-Experten verdanken wir zum Beispiel das Konzept der Kompetenzorientierung in der Volksschule im Rahmen des Lehrplans 21. Dieses wiederum ist eng verknüpft mit dem Pisa-Test, dem Medienstar unter den OECD-Inputs. In regelmässigen Abständen misst dieser Test weltweit standardisierte Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern. Regelmässig wird der Test mit grossem Medienecho und pflichtschuldigem Aktivismus belohnt, obschon er bei vielen Wissenschaftlern höchst umstritten ist, ja gar als schädlich betrachtet wird.

Pisa messe vor allem die Fähigkeit, den Pisa-Test zu lösen, betonen die Kritiker. Die Bildungsfrage werde darauf reduziert, was bei einem fragwürdigen Test rauskomme. «Teaching to the test», nennt man das im Jargon der Kritiker. Gemeint ist damit, dass solchermassen unterwiesene Schüler keinen echten und schon gar keinen bleibenden Bezug zum Gelernten herstellen können.

Die Kritik ist durchaus angebracht. Ausgerechnet bei jenen Ländern, die die OECD-Reformempfehlungen im Bildungsbereich am besten umgesetzt haben, zeigen sich ökonomische Schwächen. In Finnland, ehe dem das schillernde Pisa-Wunderland, das allen anderen Vorbild sein sollte, liegt die Jugendarbeitslosigkeit mit über 20% deutlich über dem Durchschnitt der OECD-Länder, ganz im Gegensatz zur Schweiz.

Doch von solchen Dingen lässt man sich bei der OECD nicht beeindrucken, im Gegenteil. Schon folgt der nächste Streich. In ihrem jüngsten wirtschaftlichen Länderbericht zur Schweiz verlautbart die Organisation, die gemäss eigenen Angaben «nachhaltiges Wirtschaftswachstum» fördert, die Berufsbildung in der

Schweiz sei verbesserungswürdig. Zwar wird konstatiert, dass das Bildungssystem in der Schweiz erfolgreich sei und die Jugendarbeitslosigkeit gering. Gleichwohl brauche es Reformen. Diese Reformvorschläge laufen alle in eine Richtung: Die Berufslehre brauche mehr akademische Inhalte, und überhaupt sei eine höhere Akademikerpopulation anzustreben.

Dieser Befund sagt vor allem zwei Dinge aus: Die Schweiz mit ihrem dualen Berufsbildungssystem und der vergleichsweise niedrigen gymnasialen Maturitätsquote passt nicht ins OECD-Standardschema. Jedenfalls zeigt diese Forderung, dass die Experten der OECD die Schweizer Berufslehre nicht verstanden haben. Es sind nicht die Gedankenspiele von Fachleuten aus hochfliegenden Institutionen, die den Erfolg des Berufsbildungssystems ausmachen. Dieser Erfolg ist vielmehr Expertise und Engagement «von unten» zu verdanken, namentlich Unternehmen, die auf dem Markt arbeiten und ihn aus eigener Erfahrung kennen. Zu hoffen ist nur, dass die jüngsten OECD-Ratschläge zur Schweizer Berufslehre nicht in einem monströsen Regulierungswahn enden, so wie es ohne Not beim Lehrplan 21 mit seinen 4000 Kompetenzen geschehen ist.

<https://www.nzz.ch/wirtschaft/die-macht-des-mittelmasses-ld.1334057>

Schule Schweiz, 1. Dezember 2017

Fremdgesteuerter Lehrplan 21

Es ist erfreulich, dass [die NZZ klar darauf hinweist](#) („Den OECD-Experten verdanken wir zum Beispiel das Konzept der Kompetenzorientierung in der Volksschule im Rahmen des Lehrplans 21“), dass der Lehrplan 21 von der OECD fremdgesteuert ist, was die D-EDK bisher immer vehement abgestritten hat: So der ehemalige Präsident der D-EDK Christian Amsler auf Schloss Marbach noch 2017: „So legte man von Beginn weg Wert auf die Möglichkeit zur finalen Umsetzung in jedem einzelnen Kanton. Just zum selben Zeitpunkt, als die Kritik zum Lehrplan 21 und das Gespenst der Gleichmacherei und gar der OECD Steuerung über die Kantone hereinbrach“.

Nicht dem Beispiel Finnlands folgen, 30.11. von Peter Aebersold

Warum hat man den Lehrplan 21 auf dem Konzept der Kompetenzorientierung mit dem "selbstgesteuerten Lernen" aufgebaut, die von Experten der OECD entwickelt wurde, die weder die Schweizer Berufslehre noch unser Schulsystem verstanden haben? Finnlands Absturz bei Pisa seit 2009 ist auf die Einführung eines neuen Lehrplans mit der OECD-Kompetenzorientierung zurückzuführen. Wir haben nur noch wenig Zeit, um auf unser bewährtes Volksschul-System zurück zu kehren, damit wir nicht das Schicksal Finnlands erleiden müssen.

1 Kommentar:

[Urs Kalberer](#)

An der St. Galler Veranstaltung mit Matthias Burchardt [Neue Schule: Paradigmawechsel oder Verschwörungstheorie?](#) sprach der Chef des kantonalen Amtes für Volksschulen abschätzig von "Verschwörungstheorien", als Burchardt auf das Diktat der OECD hinwies. Nun kommt die NZZ und stellt fest, dass die Kompetenzorientierung des LP21 tatsächlich auf die OECD und deren politischer Agenda zurückzuführen ist. Diese kann sich auf ihre Helfershelfer in der Schweizer Bildungshierarchie verlassen, welche es darauf angelegt haben, den Bürgern Sand in die Augen zu streuen und die Volksschule ohne Beteiligung des Volkes gemäss den Vorgaben zu steuern und zu verändern.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/12/fremdgesteuerter-lehrplan-21.html>

Basler Zeitung, 02.12.2017

Ein Lehrplan mit Themen und Inhalten

Thomas Dähler

Gross war die Empörung bei den Linken, als das Komitee Starke Schule Baselland im Vorfeld der letzten Baselbieter Regierungsratswahlen der freisinnigen Kandidatin Monica Gschwind seine Unterstützung zusagte. Der damalige grüne Landrat und Kopf der Starken Schule, Jürg Wiedemann, bezahlte dies einige Monate später mit dem Ausschluss aus der Partei.

Doch inzwischen zeichnet sich immer deutlicher ab, dass die Starke Schule und Jürg Wiedemann mit dem damaligen Schachzug richtig gehandelt haben. Die heutige Bildungsdirektorin Monica Gschwind führt einen Kurs, der im Bereich der Volksschule vieles geradebiegt, das die Starke Schule zuvor kritisiert hat. Der am Donnerstag vom Landrat verabschiedete Gegenvorschlag zur Lehrplan-Initiative bestätigt dies erneut. Zu Recht meinte Wiedemann am Donnerstag bei der Beratung im Landrat, die Vorlage aus Gschwinds Direktion sei sogar besser als seine Initiative.

Stimmt das Stimmvolk dem Gegenvorschlag an der Urne zu, sind die Exzesse des Lehrplans 21 mit seinem kuriosen Kompetenzenkatalog ausgehebelt: Baselland erhält für seine Sekundarschulen einen Stufenlehrplan mit Themen und Stoffinhalten, nach Jahreszielen und Leistungsniveaus differenziert. Vom Lehrplan 21 bleibt einzig, dass die konkreten Stoffpläne den Kompetenzbeschreibungen des nationalen Lehrplans zugeordnet werden. Im Bereich der Naturwissenschaften und der Geschichte ist zudem längst sichergestellt, dass der Stoff für die einzelnen Fächer differenziert aufgeführt wird.

Man muss wissen, dass der Lehrplan 21, von Bildungsexperten im stillen Kämmerlein ausgebrütet und nach einer nachträglichen Vernehmlassung noch zurechtgebogen, den Umbau des traditionellen humanistischen Bildungssystems anvisiert hat.

Angestossen hatte diese utilitaristische Instrumentalisierung der Ausbildung einst der frühere Zürcher Erziehungsdirektor Ernst Buschor, als er in den 90er-Jahren in seinem Kanton der Schulverwaltung das New Public Management aufdrückte und die Schulen zu Corporate Identities erklärte – mit Lehrkräften als Anbietern von Dienstleistungen, mit Eltern und Schülern als Kunden: eine Schule, die wie die Wirtschaft Angebot und Nachfrage zur Maxime erhebt. Im Zentrum des Lehrplans 21 mussten deshalb Kompetenzen und selbstgesteuertes Lernen stehen. Der Fokus liegt auf den Tests und nicht auf dem Schulstoff.

Genau dies aber wird im Baselbiet mit dem vom Landrat verabschiedeten Gegenvorschlag zur Lehrplan-Initiative anders sein. An die Stelle von Mehrjahreszyklen mit als Kompetenzen formulierten Fertigkeiten und intellektuellen Wahrnehmungen tritt eine konkrete Stoffliste, die vorgibt, was in den Schulen wann gelehrt werden soll. Die Volksschule stellt damit im Baselbiet wieder die Anforderungen ins Zentrum, welche die Jugendlichen beherrschen müssen, wenn sie später in eine Berufslehre oder auf eine Mittelschule wechseln. Der Baselbieter Lehrplan wird so auf dem Boden der Realität verankert – ohne die interkantonale Koordination auszublenden.

Bildungsdirektorin Monica Gschwind kommt das Verdienst zu, der übertriebenen Reformwelle samt ideologischem Überbau im Baselbiet Grenzen gesetzt zu haben. Stattdessen rücken die konkreten Inhalte ins Zentrum der Schulbildung, welche die Jugendlichen brauchen, um später ihr Privat- und Berufsleben gestalten zu können. Die stofflichen Herausforderungen sind im Zeitalter der digitalen Umwälzung auch so gross genug.

Mit dem geplanten neuen Lehrplan nehmen die einstigen Gegner des Lehrplans 21 im Baselbiet auch davon Abschied, diesen weiter frontal zu bekämpfen. Der Lehrplan 21 hat sich längst landesweit durchgesetzt. Der pragmatische Weg, der im Baselbiet eingeschlagen wird, zeigt aber

auf, dass es möglich ist, mit dem neuen Schulinstrument zu leben, wenn es vernünftig umgesetzt wird. Niemand schreibt vor, dass in den Schulen in der Schweiz ausschliesslich Kompetenzenorientiert unterrichtet werden darf.

Der vor zehn Jahren verabschiedete nationale Bildungsartikel schreibt Qualität und Durchlässigkeit vor und harmonisiert landesweit Schuleintrittsalter, Schulpflicht, Bildungstufen und Abschlüsse. Dies lässt den Kantonen bei der Umsetzung grosse Freiheiten. Der Kanton Baselland nützt diese. Der Wechsel an der Spitze der Bildungsdirektion hat entsprechend im Baselbiet die grassierende Reformitis beendet. Die Starke Schule hat sich mit erstaunlich vielen Anliegen durchgesetzt.

<http://www.starke-schule-beider-basel.ch/Home.aspx>

Original: http://www.starke-schule-beider-basel.ch/Files/BaZ_Da%CC%88hlerArtikel_20171202.pdf

Starke Volksschule Bern, November 2017

Neues vom Initiativkomitee



Liebe Unterstützerinnen, liebe Unterstützer der kantonalen Volksinitiative „Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk!“

Der Startschuss ist gefallen

Jetzt ist es offiziell: Die kantonale Volksabstimmung über die Volksinitiative «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk!» findet am Sonntag, 4. März 2018 statt. Dies hat der Regierungsrat des Kantons Bern beschlossen. Damit ist der Startschuss gefallen für die Vorbereitungen der Abstimmungskampagne. Plakate und Slogans werden entworfen und Ideen für den Abstimmungsflyer zusammengestellt. Der Text für die Abstimmungserläuterungen, die mit den offiziellen Abstimmungsunterlagen allen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zugestellt werden, musste bereits eingereicht werden.

In allen Verwaltungskreisen bilden sich nun Regionalkomitees, die hochmotiviert sind, während der Abstimmungskampagne die Bevölkerung des Kantons Bern über die Ziele der Initiative zu informieren. Bereits jetzt sind wir auf der Suche nach geeigneten Platzierungsmöglichkeiten für unsere ansprechenden Abstimmungsplakate. Vielleicht haben gerade Sie die Möglichkeit, uns einen idealen Standplatz auf Ihrem Grundstück zur Verfügung zu stellen? Dann freuen wir uns über Ihre Kontaktaufnahme.

Die Initiative «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk! » ist eine Bürgerinitiative. Das Anliegen, die Bürgernähe bei grundlegenden Bildungsfragen wieder zurück zu holen, ist im Volk entstanden. Deshalb sind wir – wie bei der Unterschriftensammlung – wieder auf die Unterstützung vieler Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Nur deshalb konnten knapp 19 000 Unterschriften gesammelt werden. Das ist der absolute Sammelrekord unter allen kantonalen „Lehrplan 21-Initiativen“!

Unser Anliegen, dass nicht mehr länger der Erziehungsdirektor allein zuständig ist für den Erlass neuer Lehrpläne oder Lehrplanteile ist nicht nur berechtigt, sondern längst überfällig. Der Kanton Bern ist diesbezüglich einsame Spitze: In anderen Kantonen gibt es wenigstens einen Erziehungs- oder Bildungsrat, der die Lehrpläne in Kraft setzt. Lehrpläne vors Volk, ist deshalb keine Schnapsidee, sondern eine Notwendigkeit!

Ideenbörse für Unterstützungsfreudige

Der Ideen für alle, die uns in irgendeiner Weise unterstützen möchten sind praktisch keine Grenzen gesetzt. Ob viel oder wenig Zeit vorhanden ist, spielt keine Rolle. In einer „Bedürfnis-Liste“ haben wir viele Möglichkeiten zusammengestellt, wie man aktiv werden kann. Sind Sie interessiert? Dann zögern Sie nicht und bestellen Sie ganz unverbindlich diese Liste per Mail. Bei allfälligen Fragen sind wir gerne für Sie da.

Argumente

Nutzen Sie die Zeit und bilden Sie sich Ihre Meinung. Dieser Flyer informiert Sie über unsere Argumente:

http://starkevolksschulebern.ch/wp-content/uploads/Initiative_Flyer2017-.pdf

Werden Sie aktiv und verbreiten auch Sie diese Argumente in Ihrem Bekannten- und Freundeskreis. Der Flyer kann bei uns bestellt oder auf der Homepage heruntergeladen und selber ausgedruckt werden.

Herzlichen Dank!

Jetzt neu auch auf Facebook:

Dank dem Engagement eines motivierten Mitkämpfers konnte unser Facebook-Auftritt erstellt werden. Wir freuen uns, wenn Sie uns auch auf Facebook besuchen, liken und teilen damit die Informationen auch auf diesem Kanal verbreitet werden.

Homepage:

Gerne weisen wir Sie auf folgende aktuelle Beiträge hin:

- Die Früchte der „modernen Weiterentwicklung von Unterricht“:

<http://starkevolksschulebern.ch/die-fruechte-der-modernen-weiterentwicklung-von-unterricht/>

- Bildung für Nachhaltige Entwicklung im Lehrplan 21: Droht eine ideologische Umerziehung der Kinder im Unterricht?

<http://starkevolksschulebern.ch/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung-im-lehrplan-21-droht-eine-ideologische-umerziehung-der-kinder-im-unterricht/>

Vorankündigung: Sponsoring Flyer-Versand

Während der Abstimmungskampagne möchten wir möglichst vielen Bernerinnen und Bernern den Abstimmungsflyer zukommen lassen. Wir suchen deshalb engagierte Personen, die in Ihrer Ortsgemeinde Flyer verteilen werden (Briefkastenaktionen) oder die bereit sind, den Flyer Versand per Post zu sponsern. Bei grösseren Gemeinden ist auch ein gemeinsames Sponsoring mit beliebig vielen Sponsoren möglich. Im nächsten Newsletter werden weitere Informationen zu dieser Sponsoring-Möglichkeit bekanntgegeben.

Raiffeisenbank Steffisburg
CH49 8081 7000 0050 6527 6
Abstimmungskomitee starke Volksschule
Lochgut 21
3623 Teuffenthal b. Thun

Wir zählen auf Sie. Herzlichen Dank für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung.

Freundliche Grüsse

Abstimmungskomitee Kantonale Volksinitiative
„Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk! “

<http://starkevolksschulebern.ch/>

NZZ am Sonntag, 26.11.2017

Der externe Standpunkt

Unsere Lehrerinnen und Lehrer brauchen mehr Freiheit

Eigentlich führen ja viele pädagogische Wege zum Ziel, doch in den Schulen wird immer enger normiert. Das zermürbt alle Akteure und schadet der Unterrichtsqualität, meint Carl Bossard



Freiheit sei für Bildung die erste Bedingung, schrieb Wilhelm von Humboldt. Doch diese erstickt heute zunehmend in engen Lehr- und Lernparadigmen und einer Fülle von Vorschriften. Ein dichtes Regelwerk mit einer Flut von Konferenzen und Absprachen bringt viele an Grenzen und degradiert den Unterricht oft zur Nebenbei-Tätigkeit.

«Das System engt mich ein», klagt ein begabter Junglehrer. Er unterrichte gerne, aber er hetze vorschriftsgetreu von Inhalt zu Inhalt: ein unzusammenhängendes Sammelsurium, ohne innere Kohärenz, ohne Zeit zum Vertiefen und Üben, ohne Chance zum Erlebnis. Und dauernd müsse er beurteilen. Die vielen Vorgaben schnürten ein. Von Freiheit keine Spur. Er wird weiterstudieren und geht der Schule verloren.

Ähnliches erzählt eine engagierte Sekundarlehrerin. Sie eile von Prüfung zu Prüfung. «Was ich machen muss, ist Stoff durchnehmen mit dem alleinigen Ziel, ihn nachher zu testen und eine Note zu haben.» 20 Examina allein in Französisch, über 60 Prüfungsnoten pro Semester, dazu Zwischenzeugnisse mit Zahlen und ellenlangen Rastern. «Ich muss die Kinder mit Kreuzchen in Kästchen drücken.» Doch «ich werde ihnen damit nie gerecht», fügt sie hinzu. Jedes Aufgaben--Vergessen, jedes Zu-spät-Kommen muss vermerkt werden; nach Gründen fragt niemand. Notiert gilt als erledigt, basta: Reduktion auf Kreuzchen und Noten. «Wie wollen Kinder da noch Freude an der Schule behalten?» Das Gleiche gilt wohl auch für die Lehrerin.

Zwei Impressionen, zwei subjektive Sichten, vielleicht nur bedingt repräsentativ. Wer allerdings den schulischen Alltag näher betrachtet, erkennt schnell: Die Volksschule hat viele neue Aufgaben übernommen. Die Stofffülle nimmt zu, die Freiheit ab. Darum wird das Korsett enger und der Vorschriftenkatalog rigider. Doch das Aushalten von Polaritäten gehörte schon immer zum Unterrichten. Die Lehrerin arbeitet im widersprüchlichen Feld von Freiheit und Vorgaben; das Wirken des Lehrers bewegt sich zwischen Sozialisieren und Individualisieren, zwischen kultureller Integration und Einüben von Können – und natürlich zwischen den Momenten des Gelingens und des Scheiterns.

Diese Dilemmas lassen sich nicht auflösen. Lehrpersonen müssen sie aushalten und daraus die pädagogische Spannkraft fürs Mögliche und Alltägliche gewinnen. Das ist nicht immer leicht, der Idealfall nie Realität, aber er bleibt als Aufgabe. Belebt hat diese anspruchsvolle Aufgabe einst die didaktische Freiheit. Sie steckte in jeder Lehrer-DNA und war so etwas wie ein konstitutives Berufselement. Sie machte die Profession attraktiv. Für viele war es darum der Traumberuf; ein Leben lang blieben sie ihm treu. Die Unterrichtsziele waren gegeben, die Wege frei. Den *méthodos*, den Weg zum Ziel, konnten die Pädagogen selber bestimmen – situativ und nach eigenem Entscheid. Die Methode stand in direkter Korrelation zu den Kindern und ihren Bedürfnissen – und natürlich auch zum Unterrichtsinhalt und zu den Präferenzen der einzelnen Lehrperson.

Heute wird dieser Weg standardisiert. Die Bildungsinhalte sind kompetenztheoretisch gefasst und messbar. Damit verbunden ist oft das eigenverantwortliche Arbeiten, das selbstregulierte Lernen. Es dominiert und diktiert die Methode; sie wird zum Direktiv von oben: Lernende sollen selber alles aktiv hervorbringen. Der Lehrer wird zum Begleiter. «Ja nicht zu viel Interaktion der Lehrperson!», berichtet die Sekundarlehrerin. Dies suggeriere man ihr. Und angehende Junglehrer sehen sich mit dem Vorwurf konfrontiert, sie seien in der Lektion «zu präsent gewesen». Dabei verhalten sie sich genau so, wie es die moderne Hirnforschung postuliert: vital präsent sein, verstehende Zuwendung zeigen, ermutigen – die Pädagogin als menschliches Gegenüber, der Lehrer als erste Stimmgabel, der Resonanzen erzeugt und im jungen Menschen etwas zum Klängen bringt.

Eine wirksame Bildungspolitik müsste darum zwingend mehr an den Menschen glauben und weniger an Systeme und Strukturen. Gute Lehrerinnen, gute Lehrer mit Einfühlungsvermögen und fachlicher Leidenschaft sind das A und O der Schule. Sie brauchen aber Freiheiten – nicht vor allem Vorschriften. Sie brauchen Vertrauen – und keinen Druck durch Dekrete. Humane Energie kommt aus Freiheit, nicht aus lehrmethodischen Direktiven und operativ engen Vorgaben, wie sie eine aktuelle Bildungspolitik verordnet. Der engagierte Junglehrer würde der Schule wohl treu bleiben, und die Sekundarlehrerin könnte mit ihrer Klasse wieder Exkursionen planen.

Freiheit ist und bleibt der Kern des pädagogischen Wirkens. Für gute Schulen ist und bleibt Wilhelm von Humboldt noch heute Vorbild. Amerikanische Eliteuniversitäten haben sein Bildungsideal immer hochgehalten.

Carl Bossard, 68, ist Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug. Davor war er als Rektor der kantonalen Mittelschule Nidwalden und als Direktor der Kantonsschule Luzern tätig. Heute berät er Schulen und leitet Weiterbildungskurse. Er beschäftigt sich mit schulgeschichtlichen und bildungspolitischen Fragen.

<https://epaper.nzz.ch/#article/8/NZZ%20am%20Sonntag/2017-11-26/19/227042571>